

Der Strauß-Kredit von 1983 – als ein „Anfang vom Ende“ (?) der DDR Zu einem Artikel im „Freitag“ vom 25. Juli 2008

Karl Mai

27.07.2008

Vor 25 Jahren wurde der DDR ein bundesdeutscher Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM zur freien Verfügung über das westliche Bankensystem eingeräumt, der durch eine Bundesbürgschaft gesichert war. Es war der deutschlandpolitisch sensationelle erste „*Strauß-Kredit*“. Die ostdeutsche Wochenzeitung „Freitag“ nahm dies zum Anlaß, um einen Artikel von *Michael Böhm* zu veröffentlichen, der dieses Ereignis sehr vordergründig kommentiert. Dabei besteht für eine ausgewogene Bewertung dieses Ereignisses durchaus historische Berechtigung.

Der historische Hintergrund

Die DDR-Politik hatte Mitte der 70er Jahre im Zuge der „Entspannungspolitik“ begonnen, für nunmehr gewährte Devisen-Bankkredite im Westen erstmals erhöhte Importe zu beziehen, die zu einem negativen Saldo im gesamten West-Außenhandel führten. Dieser Drang nach Westimporten ergab sich für die DDR aus zeitgleichen starken Beschränkungen des Imports aus der Sowjetunion für industrielle Rohstoffe¹ einerseits und andererseits aus dem Bestreben, durch modernste Industrieanlagen-Importe (u.a. aus Japan) eigene Vorteile für die Exportfähigkeit zu gewinnen – was im erwarteten Umfang allerdings mißlang. Damit entstanden zunehmende Schwierigkeiten in der Refinanzierung der Kreditverpflichtungen auf der DDR-Seite.

Bis 1982 entstand ein Importüberschuß von – 25,1 Mrd. Valutamark (VM) im Westhandel. (Bundesbank, 60)

Die Importstruktur der DDR aus dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) im Jahre 1978 zeigte folgende mehr oder weniger typische Aufgliederung:

Tabelle 1: Struktur der DDR-Westimporte 1978, Mrd. Valutamark (VM)

Konsumgüter	0,6
Agrarprodukte (Getreide, Futtermittel)	2,4
Rohstoffe und Halbfabrikate	4,4
Industrieanlagen	1,5
Maschinen, Ersatzteile, Ausrüstungen	1,2
Waggons	0,3

(Quelle: „Am Ende des realen Sozialismus“, Bd.4, 155)

Von den gesamten West-Importen waren 1978 nur ca. 6 % direkte Konsumgüter. Die investiven Güter lagen noch unter einem Drittel der Importe. Der Hauptanteil entfiel auf Rohstoffe und Halbfabrikate sowie Agrarprodukte, die mit 6,8 Mrd. VM fast zwei Drittel der Importe betrugten.

Die in den Jahren 1981 ff. erfolgten großen Exportanstrengungen der DDR reduzierten zwar wieder die laufenden Importüberschüsse und es kam zu neuen Exportüberschüssen, aber zur Refinanzierung der angestiegenen Tilgungensraten und Weltmarktzinsen waren weitere Devisen-Kredite erforderlich.

1 Mitte der 70er Jahre konnte die Sowjetunion nur etwa die Hälfte des geplanten Bedarfs an wichtigen Rohstoffen befriedigen, wie Siegfried Wenzel bezeugt. (Wenzel, in: Pankower Vorträge, Heft 70, S. 21)

Im Zeitraum vor 1983 hatte sich jedoch die Situation für die Gewährung von Devisen-Krediten durch westliche Banken *generell*, nicht allein nur für die DDR, deutlich verschlechtert. Die Auswirkungen von ungünstig veränderten Handels- und Kreditbedingungen betrafen auch die osteuropäischen RGW-Staaten. Polen, Ungarn und Rumänien mussten ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber den westlichen Banken eingestehen. Der Vertrauensschwund der westlichen Banken bewirkte auch für die DDR, dass sie ab 1981 keine neuen Kredite und Anschlußkredite zur Finanzierung von Importüberschüssen (ausserhalb des Innerdeutschen Handels) mehr erhielt.

Für die DDR wirkte sich ihre hohe und feste Einbindung in den RGW-Handel als zu geringe Flexibilität im Angebot für den Westhandel aus. Ebenso reduzierte die drückende Preissetzung der westlichen Kunden (infolge des generellen NSW-Exportzwanges) die DDR-Handelsüberschüsse, begleitet von einem deutlichen Anstieg der Marktzinsen.

Jörg Roesler umreißt die Lage wie folgt: „Westliche Firmen diktierten die Preise, zu denen sie bereit waren, Produkte aus DDR-Betrieben bei sich zu vermarkten.“ „Gemessen am einheimischen Aufwand zahlte die DDR während der 80er Jahre im legalen Handel bei fast allen Erzeugnissen ... sogar drauf.“ (Roesler, 196)

Ende 1981 reduzierte die Sowjetunion aufgrund innerer Schwierigkeiten ihre vertraglichen Erdöllieferungen um 2 Mio. Tonnen ab 1982, was den devisenbringenden DDR-Mineralölexport in den Westen beeinträchtigte und hektische innerwirtschaftliche Kompensationsmaßnahmen auslöste. Diese Situation wurde ausführlich und glaubwürdig auch von Siegfried Wenzel erläutert. (Wenzel, in: „Ansichten“ Bd. 6; 143, 145) Wenzel schreibt dort u. a.:

„Um die Jahreswende 1979/80 wurde durch die OPEC der seit 1972 stetig gewachsene Erdölpreis noch einmal verdoppelt ... In diesem Zusammenhang verringerte die UdSSR – selbst in einer schwierigen Zahlungsbilanzsituation gegenüber den westlichen Valutaländern – ihre Erdöllieferungen an die DDR...“ (Wenzel, 145) Deren Kompensation durch innere Freisetzung von Mineralöl für den DDR-Export brachte eine enorme Umstellung der Energieerzeugung von Heizöl auf Braunkohle und desweiteren auch zur Ablösung von Erdgas in den Stahlwerken mitsich, die in den Jahren 1982ff. 19,0 Mrd. Mark der DDR für Umstellungsinvestitionen im Energiebereich erforderten. Diese hohen Kompensationsinvestitionen brachten keine zusätzliche Wertschöpfung, sondern sie erhöhten die Produktionskosten.

Zwar konnte die DDR nach OECD-Angaben 1981 noch für 5,0 Mrd. DM Devisenguthaben ausweisen, jedoch erreichten die Zahlungsverpflichtungen in Devisen (einschließlich der Zinsen) eine sehr dramatische Höhe. Die DDR geriet nach Wenzel „zu Beginn der 80er Jahre an den Rand der internationalen Zahlungsunfähigkeit“ (Wenzel, 145).

Die Kluft zwischen dem Saldo des West-Aussenhandels der DDR und der parallelen Nettoverschuldung in Devisen zeigt das aufgetürmte Dilemma der Westkreditierung in folgender Gegenüberstellung bei den westlichen Banken vor dem Strauß-Kredit von 1983:

Tabelle 2: West-Aussenhandelssaldo und West-Nettoverschuldung der DDR 1980 bis 1983 (in Mio. DM)

	1980	1981	1982	1983
Jährlicher NSW-Aussenhandelssaldo *	- 735	- 139	+ 1.917	+ 1.039
Kumul. NSW-Nettoverschuldung	- 23.637	- 23.134	- 25.146	- 22.339

* Einschließlich der BRD

Quelle: Grosser, „Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, DVA 1998, S. 47;

Bundesbank, Sonderveröffentlichung "Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989", August 1999, S. 60

Ab 1982 erreichte die DDR wieder einen Exportüberschuss, der den weiteren Anstieg der Nettoverschuldung im NSW abbremste und zunächst umkehrte. Später erreichte die NSW-Nettoverschuldung der DDR nicht wieder diese Höhe – und die Kreditkrise galt einige Jahre lang als überwunden.

2. Zum banktechnischen Effekt des Strauß-Kredits von 1983

Der im Zuge der deutschen Entspannungspolitik möglich gewordene „Strauß-Kredit“ von 1983 in Höhe von 1 Mrd. DM wurde zunächst dazu verwendet, die zeitweilige Kreditverweigerung der westlichen Banken – die damals gegenüber Polen, Ungarn und Rumänien ebenso bestand – zu durchbrechen. Dies wurde dadurch erreicht, dass einerseits die DDR diesen Kredit nicht direkt zur Importfinanzierung beanspruchte, sondern als *Liquiditätsguthaben* im westlichen Bankensystem deponierte. Andererseits kam eine Bürgschaft der Bundesrepublik für diesen Kredit dadurch zustande, dass die DDR ihre vertraglich mit der BRD vereinbarte Berlin-Transitpauschale als Sicherheit einsetzte.

Der „Strauß-Kredit“ diente als *Türöffner* bei den privaten Banken und verminderte die politische innerdeutsche Verkrampfung mitten im Kalten Krieg.

Der deutschlandpolitische „Strauß-Kredit“ kostete den westdeutschen Steuerzahler also praktisch nichts, worauf Strauß selbst verwiesen hat. 1983 konnte damit die DDR ihr Bankguthaben um 350 Mio. \$ aufstocken, was dazu führte, dass sich das disponible Guthaben der DDR bei der BIZ auf insgesamt 8 Mrd. \$ erhöhte. (Wenzel, in: „Ansichten“, Bd. 6, 150)

In der Folgezeit verbesserte die DDR ihre Salden mit Devisenländern nach letzten Angaben der Bundesbank wie folgt:

Tabelle 3: DDR-Salden der Handels- und Zahlungsbilanz mit Devisenländern (NSW) in Mrd. VM

	Jahres-Saldo Handelsbilanz	Kumul. Saldo Zahlungsbilanz
1982	+ 3,178	- 25,146
1983	+ 2,447	- 22,339
1984	+ 3,216	- 18,348
1985	+ 3,026	- 15,480

(Quelle: Bundesbank, Sonderbericht, S. 50, 60)

Erst durch die nachfolgende Explosion der Weltmarktpreise für Erdöl ab Mitte der 80er Jahre geriet die DDR wieder in eine kritische Lage mit höheren NSW-Verpflichtungen, die bis 1989 auf einen Saldo der Zahlungsbilanz von - 19,89 Mrd. VM anstiegen.

Die Bundesbank kommentierte die Sachlage dann wie folgt:

„...dass es den Verantwortlichen in der DDR nach dem Beginn der achtziger Jahre relativ schnell gelungen ist, ein respektables Liquiditätspolster aufzubauen. Ende 1981 betragen die Forderungen (Guthaben) gegenüber dem NSW noch 3,2 Mrd. VM, bis Ende 1985 waren sie auf 30,2 Mrd. VM angewachsen. Sie setzten sich zum großen Teil aus Guthaben der DDR-Banken, daneben aus

Handelskrediten der Unternehmen sowie in relativ geringem Umfang aus Regierungskrediten zusammen ... Aber Ende 1989 lagen sie immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, das heißt sie entsprachen den Einfuhren 1 ½ Jahren.“ (Bundesbank, Sonderbericht, 58)
Damit entdramatisiert die Bundesbank manche politisch motivierten Aussagen zur DDR-Verschuldung.

3. Zum Böhm-Artikel im „Freitag“

Der vordergründig argumentierende Böhm-Artikel beurteilt den „Strauß-Kredit“ aus der Sicht des späteren Untergangs der DDR und vermeidet eine tiefere Analyse der DDR-Situation zum Zeitpunkt 1983. So z. B. bei Böhm:

„Doch es half nichts: Das 'Nationaleinkommen' der DDR wuchs zwar seit 1971 beständig um vier Prozent, aber der 'gesamtgesellschaftliche Bedarf' lag immer bis zu drei Prozent darüber. Ostberlin brauchte dauernd mehr Devisen, um den gewachsenen Lebensstandard zu finanzieren.“ Hier bleibt Böhm den statistischen Beweis dafür schuldig, dass die „mehr Devisen“ den gewachsenen Lebensstandard tatsächlich direkt finanzierten. Wie oben schon für 1978 gezeigt, war der Westimport von Konsumgütern eher marginal, und der Hauptanteil entfiel auf den Bedarf zur weiteren industriellen Verarbeitung. Der steigende Devisenbedarf ergab sich in Wirklichkeit aus der zu geringen West-Exportfähigkeit der hierfür verfügbaren DDR-Produktion, aus der drückenden Preissetzung durch die Westkunden und infolge der noch steigenden Kreditzinsen.

Oder weiter bei Böhm: „Die Investitionen gingen zurück, und mit ihnen die Produktionszahlen.“ Auch hierfür fehlen die statistischen Beweise. In Wirklichkeit zeigt die Gegenüberstellung der Daten:

Tabelle 4: Wachstum von Bruttoinlandprodukt und Brutto-Anlageinvestitionen der DDR und der BRD zwischen 1970 und 1989 (1970=100) (auf Preisbasis 1995 in Euro)

Jahr	Bruttoinlandprodukt		Brutto-Anlageinvestitionen	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1970	100	100	100	100
1980	145,2	131,4	136,7	113,1
1985	169,5	139,3	139,8	104,9
1989	184,0	156,0	164,9	122,7

(Quelle: Heske, S. 231, 244)

Der Vergleich zeigt, dass insgesamt im Investitionsbereich in der alten BRD zwischen 1970 und 1985 nur ein schwacher Anstieg der Brutto-Anlageinvestitionen erfolgte, in der DDR jedoch in diesem Zeitraum ein kräftiger. Von einer generellen Investitionsschwäche der DDR kann hier also keine Rede sein, wenngleich in einigen Branchen der Industrie in diesem Zeitintervall die Netto-Investitionen infolge der Belastungen durch die Aussenwirtschaft weniger oder nur schwächer anstiegen als die Bruttoinvestitionen.

Und weiter bei Böhm:

„Dagegen erhöhten sich Kredite und Einfuhren aus dem Westen, zwischen 1976 und 1980 hatte das Land bereits an die zwölf Milliarden Dollar Schulden angehäuft.“ Richtig, aber zwischen 1982 und 1985 stieg der Exportüberschuß im Westhandel wieder auf +11,87 Mrd. VM an.

Und weiter bei Böhm:

„Anfang der achtziger Jahre spitzte sich die Lage dramatisch zu: Zu diesem Zeitpunkt brauchte die DDR schon allein sechs Milliarden D-Mark jährlich für Zins- und Tilgungsraten - praktisch ihre gesamten Exportgewinne.“ Über die „Gewinne“ des DDR-Exportgeschäftes liegen keine belastbaren Angaben vor; vermutlich waren sie ohnehin ein „Verlustgeschäft“. Die Zinszahlungen schwankten Anfang der 80er Jahre (von 1982 bis 1985) jährlich zwischen 2,2 und maximal 3,6 Mrd. VM. Der Saldo der Kapitalbilanz, der die Kredittilgungen einschließt, lässt die Schlussfolgerung zu, dass erforderliche Kredittilgungen im Zeitraum von 1975 bis 1980 weitestgehend durch neue Kredite „abgelöst“ und/oder mittels Zuflüssen aus nichtkommerziellen Zahlungen an die DDR getilgt wurden. („Am Ende ...“, Bd. 4, S. 182/183)

Und weiter bei Böhm:

„Die internationalen Banken reduzierten das Kreditvolumen, selbst der sowjetische Bruder half nicht mehr.“ Richtig, aber die Gründe für die versagte Kredithilfe durch die Sowjetunion lagen 1981 ff. in deren inneren Schwierigkeiten: verfügbare Devisenreserven wurden u. a. für den Import großer Getreidemengen infolge einer Mißernte selbst benötigt.

Und zum Schluss: „*Gepumptes Geld, um die Bürger bei Laune zu halten, im Tausch für ein milderes Grenzregime.*“ (Böhm)

Ja, die DDR-Regierung war ernsthaft bemüht, die „Bürger bei Laune“ zu halten und scheute jenen rigorosen Sozialabbau, der heutzutage den Bundesbürgern zugemutet wird. Damals stand außer Frage, dass die DDR-Importe aus dem Westen überwiegend dem Produktionsverbrauch zugeführt werden mussten oder investive Zwecke erfüllten. Sie wurden keineswegs zur Stützung eines angeblich sozial „überhöhten Lebensniveaus der DDR-Bürger“ im Alltagssinne schier direkt „aufgezehrt“.

Wie man vorstehend erkennt, hat sich Böhm nicht um besondere historische Objektivität bemüht. Heutzutage beträgt die *Auslandsverschuldung des Fiskus* der BRD etwa die Hälfte seiner eigenen Kreditverschuldung und erreicht das Volumen von aktuell 760 Mrd. Euro mit einer enormen Zinslast von ca. 38 Mrd. Euro im Jahr.

Strauß hatte damals schon bei seinem *Ein-Milliarden-Kredit* innerlich auf einen absehbaren Untergang der DDR spekuliert und seine eigenen deutschlandpolitischen Erwartungen verfolgt. Der Leser wird sich fragen, wie die gegenwärtigen enormen fiskalischen Verpflichtungen gegenüber ausländischen privaten Kreditgebern künftig auf die deutschen Bürger (Stichwort zukünftige „Gesamtentschuldung“) mittels *Konsumverzicht* abgewälzt werden sollen. Werden die Deutschen das ertragen?

Literatur:

„Am Ende des realen Sozialismus“, Opladen 1996 + 1999, Leske + Budrich, Bd. 2 , Bd. 4

„Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. 6, 1996, Verlag Mathias Kirchner

Bundesbank, Sonderveröffentlichung „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“, August 1999

Grosser, Dieter, „Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, DVA 1998

Heske, Gerhard, „Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000“, Köln 2005, HSR-Reihe, Beiheft Nr. 17

„Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, 1995/2, Akademie Verlag

Roesler, Jörg, „Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990“,
Leipziger Universitätsverlag 2006

Kusch u. a. , „Schlußbilanz – DDR“, Duncker & Humblot, Berlin 1991